

Die Lohntüte dampft

«1:12» – ein weiterer Feldzug zugunsten staatlich regulierter Löhne

Mit der «1:12»-Volksinitiative der Jungsozialisten sollen die Löhne von Spitzenverdienern staatlich beschränkt werden.

rz. · Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Dieses Prinzip soll in der Bundesverfassung verankert werden. Am Montag haben die Jungsozialisten ihre Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne» bei der Bundeskanzlei eingereicht. Gemäss Angaben der Juso kamen innerhalb von 13 Monaten rund 130 000 Unterschriften für das Volksbegehren zusammen.

Das heisse, dass das Volk nun die Möglichkeit habe, «für faire Spielregeln zu sorgen, an die sich auch die Manager zu halten haben», frohlocken die Jungsozialisten. Besonders in den Städten sei der Zuspruch gross gewesen. Laut Juso-Zentralsekretärin Kristina Schüpbach hat die Jungpartei bei der Unterschriftensammlung auf die Mithilfe der Mutterpartei, der Grünen und auch der Gewerkschaften zählen können. Aber das Gros der Unterschriften hätten die Juso selber gesammelt; am Gurtenfestival, am Zürcher Theaterspektakel, an Standaktionen in der ganzen Schweiz.

«Lex Vasella»

Die «1:12»-Initiative ist eine unmittelbare Reaktion auf die Finanzkrise. Den Juso geht es darum, das kapitalistische Gesellschaftsmodell grundlegend anzugreifen. Im April 2009 sagte Cédric Wermuth: «Wenn eine einzige Bank ein ganzes Parlament, eine Demokratie, ein ganzes Volk dazu zwingen kann, 68 Milliarden bedingungslos herauszurücken, und auch noch die Arroganz besitzt, mehrere Milliarden als «Erfolgsbeteiligungen» auszuschütten, dann haben wir ein Problem.» Seither wurden Wermuth und Co. nicht müde, das Problem zu personalisieren. «Wer macht in diesem Land eigentlich die Spielregeln? Ist es die Demokratie, oder ist es Daniel Vasella?» Der Novartis-Chef wird als Feindbild kultiviert. Eine «Lex Vasella» soll «Superreiche» und «Abzocker» an die kurze Leine nehmen.

Kapitalismus im Fadenkreuz

Die Juso haben in letzter Zeit nicht nur Gutbetuchte ins Visier genommen. Auch die SP Schweiz spürt den Atem ihrer jungen Garde im Nacken. Während sich etablierte Genossen beeilten, das im Oktober 2010 verabschiedete neue Parteiprogramm als ewiggestrig zu relativieren, wollen die Jungsozialisten

den Kapitalismus partout überwinden. Der Luzerner David Roth, der Wermuth als Juso-Präsident abgelöst hat, sieht es so: «Wir müssen in Bewegung bleiben, dürfen uns nicht einfach in der wohligen Abzocker- und Bonzenrhetorik einnisten, sondern müssen uns parallel immer auch neu erfinden. Denn genauso wenig, wie der Kapitalismus das Ende der Geschichte bedeutet, genauso wenig reichen unsere Horizonte bereits so weit, dass wir unser Ziel sehen können.» – Das Parlament schiebt die «Abzocker»-Initiative vor sich her. Der Gewerkschaftsbund sammelt Unterschriften für seine Mindestlohn-Initiative. Mit der neusten Initiative wird die Kontroverse um eine staatlich regulierte Lohnpolitik nochmals vielschichtiger. Für die Juso steht allerdings fest: Die «1:12»-Initiative sei die «einzige Lösung gegen das Abzocker-Problem».

Reflexe, Seite 26